



Barthle-Brief

Nr. 69

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

2.6.2017

Thema der Woche:

Große Reform in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen Keine Privatisierung der Bundesautobahnen!

Nach intensiven Beratungen stellen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage und schließen damit eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition ab. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, sorgen wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Im Vordergrund dieser Reform steht für uns die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir bei zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland.

Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Damit ist der Bund ausdrücklich an seine finanzielle „Schmerzgrenze“ gegangen.

Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen. So wird der Stabilitätsrat gestärkt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene überwacht. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundes-

mittel gesichert. Zudem stärken wir die Weisungsmöglichkeiten des Bundes beim Steuervollzug und machen somit den Vollzug im Finanzwesen effizienter. Des Weiteren schaffen wir mit einer neuen Bundeskompetenz die Grundlage für ein Bürgerportal, mit dem die Dienstleistungen von Bund und Ländern digital leicht erreichbar sein werden.

Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt.

Wichtig ist mir: Sowohl die Autobahnen als auch die neue Infrastrukturgesellschaft, die künftig für Bau und Erhalt der Autobahnen zuständig sein soll, bleiben im Eigentum des Bundes. Keine Privatisierung.

Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen. Als Land ohne Rohstoffe sind kluge Köpfe unsere Zukunft.

Wir haben eine klare Haltung in der Außenpolitik.

In den letzten Tagen und Wochen wird intensiv über die Situation in den Vereinigten Staaten diskutiert. Für uns ist klar: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird weiter daran arbeiten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, Differenzen unter Freunden ehrlich zu benennen.

Ein starkes Europa ist uns als Union seit jeher wichtig. Wir wollen nicht überall mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung und beim weltweiten Werben für Freihandel. Wir sind bereit, mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron als überzeugtem Europäer einen Impuls für diese stärkere EU zu setzen. Das ist keine Abgrenzung gegenüber den USA, sondern seit langem ein Pfeiler unserer Außenpolitik.

Zum Bundeswehr-Stützpunkt Incirlik:

Wir haben eine klare Position. Wenn die Türkei bei ihrem Nein zum Besuchsrecht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei den in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten bleibt, kann die Bundeswehr dort nicht bleiben. Die Bundesregierung sucht bereits alternative Standorte. Der Bundesaußenminister möchte mit der Türkei noch einmal verhandeln, weshalb es unverständlich ist, dass seine eigene SPD-Fraktion ihn dabei nicht unterstützen will. Wir lassen uns jedenfalls nicht drängen.

Stärkung der Betriebsrente als wichtige Säule der Altersvorsorge.

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel zum Thema Rente umgesetzt. Jetzt stärken wir mit der Betriebsrente das Zusammen-

spiel von gesetzlicher Rentenversicherung und ergänzender Altersvorsorge. Derzeit haben rund 60 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen erhöhen wir die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens.

Insbesondere Geringverdiener profitieren von dem neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat bezuschussen wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro. Für Geringverdiener wird eine Betriebsrente attraktiver, weil bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr.

Die betriebliche Altersversorgung soll künftig zusätzlich über Tarifverträge ausgebaut werden. Die Arbeitnehmer sollen, begrenzt auf ein neues Sozialpartnermodell, auf eine Garantie verzichten, wie hoch die Betriebsrente am Ende ausfällt. Den Beschäftigten wird stattdessen eine Zielrente angeboten. Die neue Betriebsrente ohne Garantien ist ein Vertrauensvorschuss an die Tarifvertragspartner, an Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es ist jetzt ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, dass das Vertrauen in die Sicherheit des neuen Modells gerechtfertigt bleibt. Uns ist wichtig, dass sich kleine, nicht-tarifgebundene Betriebe dem neuen Modell anschließen können und dass es gut funktionierende, bestehende Betriebsrentensysteme nicht verdrängt.

Optimismus deutscher Exportunternehmen nimmt weiter zu

Ungeachtet der internationalen Kritik am deutschen Exportüberschuss ist die Stimmung unter den deutschen Exporteuren ungebrochen optimistisch. Wie die Umfragen des ifo Instituts bezüglich der deut-

schen Exportentwicklung im Mai ergaben, stiegen die Erwartungen für weiteres Exportwachstum auf den höchsten Stand seit Januar 2014. Fast alle Branchen rechnen demzufolge mit einem Anstieg ihrer Exporte. Insbesondere die Unternehmen der Bekleidungsindustrie und im Maschinenbau zeigen sich äußerst optimistisch. Der Index für Maschinenbauunternehmen stieg sogar auf den höchsten Wert seit Februar 2011. Die Berechnungen des ifo Instituts zu Exporterwartungen basieren auf ca. 2.700 monatlichen Meldungen von Unternehmen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes.

Bundestag beschließt Verbot von Kinderehen

Seit Monaten hatte die Union auf das Gesetz gedrängt, schon im letzten September ein entsprechendes Positionspapier verabschiedet. Jetzt passiert das Gesetz zum Verbot von Kinderehen endlich den Bundestag. Die geltende Rechtslage wird damit deutlich verschärft.

Mit dem Verbot von Kinderehen macht die Unionsfraktion klar: Solche Ehen – egal ob im Inland oder Ausland geschlossen – haben bei uns keinen Bestand.

Mit dem neuen Gesetz werden Ehen von Kindern unter 18 Jahren der Vergangenheit angehören. Sie sind künftig in Deutschland grundsätzlich verboten. Ehen mit unter 16-Jährigen werden als nichtig erklärt und Ehen mit Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren sollen künftig grundsätzlich durch eine Gerichtsentscheidung aufgehoben werden. Außerdem sollen im Ausland geschlossene Ehen von Kindern nach deutschem Recht nicht mehr anerkannt werden. Einzige Ausnahme: Von einer Aufhebung kann nur noch in besonderen Härtefällen sowie dann abgesehen werden, wenn der minderjährige Ehegatte zwischenzeitlich volljährig geworden ist und die Ehe bestätigt.

Schon früh hatte die Unionsfraktion deutlich gemacht, dass Kinderehen nicht zu un-

seren Werten passen. Denn: Ein starker Staat dient vor allem dem Schutz der Schwächeren und die Ehe beruht auf der freien Entscheidung mündiger Bürger und wird nicht durch Verwandte oder Traditionen vorgegeben. Kinderehen verstoßen nicht nur gegen unsere Werte, sondern auch gegen die Grundrechte der Kinder Jugendlichen. Kinder in Deutschland gehören nicht in die Ehe, sondern in die Schule. Und dafür stellen wir nun die Weichen. Ziel der Neuregelung ist es, den Mädchen eine Lebensperspektive zu ermöglichen, die man allen jungen Menschen wünsche. Dabei geht es vor allem auch um die Chance auf Bildung.

Hintergrund des neuen Gesetzes ist, dass durch die stärkere Migration nach Deutschland auch eine große Anzahl von Ehepaaren ins Land kam, bei denen ein Partner, in der Regel die Frau, noch minderjährig ist. Bereits 2016 haben einzelne Bundesländer immer wieder jeweils eine dreistellige Anzahl von verheirateten Minderjährigen unter den Flüchtlingen gemeldet. Mit der jetzigen Entscheidung wird nun ein eindeutiges Signal gegen diese Kinderehen in Deutschland ausgesendet.

Zitate

«Ich habe von Anfang an vor dem Schulz-Hype gewarnt. Ich kann aber nicht ausschließen, dass ich mich selber davon habe beeindruckt lassen.»

(Martin Schulz, zur Frage nach bisherigen Fehlern im Wahlkampf)

«Martin Schulz ist von der Kanzlerschaft so weit entfernt wie der SV Rhenania 05 Würselen von der deutschen Fußballmeisterschaft.»

(Dietmar Bartsch, Co-Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Bundestag)